

Antrag B-12
NRW Jusos

Der Landesparteitag möge beschließen:

Eine sozialdemokratische Bildungsoffensive - Jetzt!

1 Als Sozialdemokratie in NRW haben wir uns dem Kampf
 2 gegen soziale Ungleichheit und für das gute Leben
 3 für alle verschrieben. Unabhängig von Geschlecht, Her-
 4 kunft, Religion oder auch körperlicher Ausgangslage
 5 wollen wir eine Gesellschaft, in der jede*r sein kann, wie
 6 er*sie möchte. Als Partei der Arbeit treibt uns in diesem
 7 Zusammenhang natürlich die Forderung nach guter Ar-
 8 beit für alle an. Dass diese Forderung jedoch nur inner-
 9 halb eines breit aufgestellten bildungspolitischen Kon-
 10 zepts und Profils Erfüllung finden kann, ist uns klar. Des-
 11 halb wollen wir als NRWSPD zusammenkommen und
 12 genau solch ein Profil gemeinsam schärfen. Von der Bil-
 13 dung in der Kita, über die Schule, bis zur berufsbilden-
 14 den Qualifikation und das lebenslange Lernen: Als Sozi-
 15 aldemokratie nehmen wir das Bildungssystem nicht als
 16 unabänderlich an, sondern kämpfen für eine Bildung,
 17 die soziale Unterschiede nicht befeuert, sondern aus-
 18 gleicht.

19

Kita

20

21
 22 Wenn wir über die Chancengerechtigkeit im Schulkon-
 23 text sprechen, vergessen wir oft, dass die Förderung
 24 essenzieller Lerninhalte bereits in der Kita erfolgt und
 25 diese Lerninhalte eine maßgebliche Rolle für die fort-
 26 laufende Entwicklung in der Schule spielen. Allerdings
 27 hängt der Grad der Förderung oft von dem Standort
 28 der Kita ab. Nicht nur die Standortmerkmale spielen da-
 29 bei eine enorme Rolle, sondern auch die personelle Si-
 30 tuation in den Kitas in NRW. Denn ohne Erzieher*in-
 31 nen, Pädagog*innen und multiprofessionelle Teams sind
 32 Bildungs- und Qualitätsstandards kaum einzuhalten.
 33 Dies fällt zu Lasten der Kinder und Eltern – die Förderung
 34 der genannten Ausbildungsberufe ist dafür ein elemen-
 35 tarer Baustein, um ihre Attraktivität zu steigern.

36

37 Wir fordern:

- 38 • Beste Bildung braucht auch massive Investitionen
- 39 in unsere Kitas – die Sanierung und der deutliche
- 40 Ausbau der Betreuungsplätze muss stetig fester
- 41 Bestandteil von Investitionsvorhaben innerhalb
- 42 des Bildungssystems sein
- 43 • Gebührenfreiheit von Kita bis zum Abschluss
- 44 • Beste Bildung braucht ebenfalls bestes Personal.
- 45 Das heißt für uns: wir geben uns nicht mit dem Eti-
- 46 kettenschwindel der Landesregierung zufrieden
- 47 und fordern weiterhin – bedarfsgerecht – die best-

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in Fassung der Antragskommission

Ergänze in Zeile 50 nach „In“:

Berufen

Ersetze in Zeile 76:

„schon“ durch „spätestens“

Ergänze in Zeile 116:

Homophobie

Ergänze in Zeile 125 nach “Diskriminierung”:

und Ausgrenzung

Ersetze in Zeile 126:

„Auch vergisst das System, ...“ durch „Das beginnt be-
 reits bei existenziellen Grundlagen.“

Streiche in Zeile 135:

Das Schulsystem steht seit Jahrzehnten still und...

Ersetze die Zeilen 147-152 durch:

Das für eine Schule für alle die Rahmbedingungen ge-
 schaffen werden, an der alle Kinder und Jugendlichen
 in Zukunft von Beginn an einem wohnortnahen Stand-
 ort unterrichtet werden könnten. Inklusion soll Teil jeder
 Schule sein. Eine Schule für alle ist inklusiv und hat den
 Anspruch, jede*n Schüler*in individuell zu fördern.

Ersetze die Zeilen 163-171 durch:

Ein Schulsystem, welches sich nicht an den Defiziten
 der Schüler*innen orientiert. Ein effektiver Beitrag ei-
 ner lernförderlichen Kultur besteht darin, die erworbe-
 nen Kompetenzen, detailliert zu beschreiben, denn wir
 brauchen ein Beurteilungssystem, welches die individu-
 elle Lebenslage von Schüler*innen berücksichtigt und ei-
 ne fördernde Lernkultur schafft. Dafür fordern wir, dass
 Schüler*innen an Leistungsbewertungsprozessen parti-
 zipieren dürfen und diese in dialogischen und fördernden
 „Bewertungsräumen“ erfolgen. Ebenso sprechen
 wir uns gegen Hausaufgaben aus.

- 48 mögliche Betreuung durch mehr Erzieher*innen
 49 und multiprofessionelle Teams
 50 • In der frühkindlichen Bildung muss die Ausbildung
 51 endlich vergütet und die Fort- und Weiterbildung
 52 verbessert und ausgebaut werden
 53 • Die rechtlich verbindliche Umsetzung von Selbst-
 54 und Mitbestimmungselementen in der Kita und
 55 für ganz NRW

57 Schule

58
 59 Die Schulzeit entscheidet maßgeblich darüber, welche
 60 Chancen jemand im Leben haben wird – der Schulab-
 61 schluss schafft Zugang zu beruflicher Bildung durch ei-
 62 ne Ausbildung oder ein Studium. Somit bildet die Schu-
 63 le den ersten, zentralen Schritt hin zu gesellschaftlicher
 64 Teilhabe und einem selbstbestimmen Berufsleben. Un-
 65 ser Schulsystem ist jedoch von starker sozialer Selekti-
 66 vität geprägt. Der „Bildungstrichter“ aus der 20. Sozi-
 67 alerhebung zeigt: Von 100 Kindern aus Akademiker*in-
 68 nenhaushalten studieren 77. Von 100 Kindern aus Fami-
 69 lien ohne akademischen Hintergrund hingegen nur 23.
 70 Ähnlich betroffen von dieser Selektivität sind Schüler*in-
 71 nen mit Migrationsgeschichte, die in Relation seltener
 72 Abitur machen oder überhaupt eine Gymnasialempfeh-
 73 lung bekommen. Es zeigt sich klar: unser Schulsystem ist
 74 undurchlässig.

75
 76 Die Selektion von Schüler*innen beginnt schon in der
 77 Grundschule: so müssen Lehrkräfte in der vierten Klas-
 78 se entscheiden, welche Bildungschancen sie einem Kind
 79 zuordnen möchten – die daraus folgende subjektive
 80 Empfehlung der Schulform ist aber nicht nur abhängig
 81 von Leistungen, sondern oft auch vom Nachnamen und
 82 sozialer Herkunft der Schüler*innen.

83 Auch zeigt sich mit einem Blick auf die räumliche Ver-
 84 teilung von Schulabschlüssen, dass gute Bildungschan-
 85 cen immer noch von der Postleitzahl abhängig sind –
 86 so ist das Stigma von sogenannten Brennpunktschulen
 87 immer noch Realität. Solche Schulen, meist in Wohnge-
 88 bieten, die überdurchschnittlich von Armut und Arbeits-
 89 losigkeit betroffen sind, sind marode, nicht digitalisiert
 90 und haben noch größere Probleme mit Lehrkräftemangel
 91 als andere Schulen. Dort also, wo individuelle För-
 92 derung von Schüler*innen am notwendigsten wäre für
 93 ein Mindestmaß an Chancengerechtigkeit, sind Schulen
 94 noch schlechter aufgestellt als im Durchschnitt.

95
 96 Ein Blick in das Schulleben hinein zeigt, dass in den letz-
 97 ten Jahrzehnten unser Schulsystem von Stillstand ge-
 98 prägt war.

99 Dazu kommt ein veraltetes Bewertungssystem, welches
 100 immer noch versucht, Schüler*innen eine Note von eins

Ersetze in Zeile 182:

„für Diversität und Diskriminierung zu sensibilisieren“
 durch „für Diversität und Antidiskriminierung“

Füge ein in Zeile 430 nach „Lösung“:

Fest steht, dass das Modell der Solidarfinanzierung das
 das Angebot des Semestertickets überhaupt erst er-
 möglicht, der richtige Weg ist.

Ersetze in Zeile 254:

„bestärkt“ durch „verstärkt“

Ersetze in Zeile 405:

„die“ durch „alle Angebote der“.

Ergänze nach Zeile 406:

Die Finanzierung muss dabei regelmäßig an Inflation
 und entsprechende Preissteigerungen angepasst und
 mindestens paritätisch 1:1 zwischen Land und Studie-
 renden aufgeteilt werden.

Füge ein nach Zeile 453:

In der Praxis zeigt sich leider, dass Quoten ohne weite-
 re Regelungen dazu führen können, dass sich die Hoch-
 schulen gegenseitig die Professorinnen wegnehmen -
 also an einem viel zu kurzen Tischtuch ziehen, so dass
 dann eine andere Hochschule am kürzeren Ende sitzt.
 Deshalb wäre es nur richtig dafür zu sorgen, dass es
 mehr Frauen gibt, die es bis zur Professur schaffen. Zum
 Beispiel durch gezielte Tenure Tracks und Junior Profes-
 suren für Frauen mit einer Anschlussgarantie, Verein-
 barkeit von Familie und Beruf schon im Studium, wäh-
 rend Promotion, etc. als Ergänzung zu einer Quote.

Ersetze Zeile 521-527 durch:

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Novellie-
 rung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes angesto-
 ßen und vorangetrieben hat. Die Debatte rund um die
 bisherigen Entwürfe des BMBF, aber auch weitere Initia-
 tiven wie zum Beispiel #IchBinHanna zeigen, dass hier
 viel zu tun ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die
 aktuelle Reform ein erster Schritt von vielen sein muss,
 damit endlich Schluss ist mit den prekären Arbeitsbedin-
 gungen an unseren Hochschulen.

101 bis sechs zuzuteilen – die individuelle Entwicklung von
102 Schüler*innen wird dabei ignoriert.
103 Dieses Bewertungssystem führt nicht nur zu ungerech-
104 ter Bewertung, sondern auch einem extremen Leis-
105 tungsdruck. Während der Coronapandemie war jede*r
106 dritte Schüler*in psychisch auffällig. Über 25% leiden un-
107 ter psychischen Krankheiten. In der Schule aber gibt es
108 kaum Schulpsycholog*innen, um Schüler*innen zu un-
109 terstützen. Genauso gibt es viel zu wenig Schulsozial-
110 arbeiter*innen, die dazu beitragen können, Bildungs-
111 benachteiligungen abzubauen und Bildungschancen zu
112 eröffnen.

113

114 Schule ist ein Spiegelbild der Gesellschaft und so macht
115 auch Diskriminierung nicht am Schultor halt – Rassis-
116 mus, Antisemitismus, Sexismus, Klassismus und Ableis-
117 mus sind in den Klassenzimmern Alltag für betroffe-
118 ne Schüler*innen und trotzdem gibt es keine Anlauf-
119 stellen in Schulen bei Diskriminierung. Einzig und allein
120 die Schüler*innenvertretungen oder überlastete Ver-
121 trauenslehrer*innen sind Ansprechpartner*innen in sol-
122 chen Fällen – dies wird der Systematik von Diskriminie-
123 rung aber nicht gerecht. Das Schulsystem ist nicht sen-
124 sibel für Diskriminierung und kann somit auch nicht un-
125 terstützend gegenwirken.

126 Auch vergisst das System, dass Schule nicht am Schultor
127 endet. Schüler*innen sind teilweise Hunger im Klassen-
128 zimmer ausgesetzt oder laufen morgens mehrere Kilo-
129 meter zur Schule, weil sie sich kein Busticket leisten kön-
130 nen. Von Nachhilfe oder gesellschaftlicher Teilhabe an
131 den Nachmittagen ganz zu schweigen – Armut grenzt
132 aus. In der Gesellschaft, im Alltag und auch in der Schu-
133 le.

134

135 Das Schulsystem steht seit Jahrzehnten still und als So-
136 zialdemokratie müssen wir eine traurige Bilanz ziehen:
137 das System ist zutiefst ungerecht. Es katalysiert die Un-
138 gleichheit der Gesellschaft, denn Bildungschancen sind
139 immer noch abhängig vom Geldbeutel der Eltern. Das
140 sozialdemokratische Aufstiegsversprechen kann in die-
141 ser Realität Umständen nicht mehr sein als eine Utopie.
142 Wie können wir gegen diesen katastrophalen Status quo
143 vorgehen?

144

145 Damit Bildungsgerechtigkeit nicht mehr nur ein Ver-
146 sprechen bleibt, sondern Realität wird, fordern wir:

- 147 • Eine Schule für alle, an der alle Kinder und Jugend-
148 lichen von der ersten Klasse bis zu ihrem jeweili-
149 gen Abschluss an einem wohnortnahen Standort
150 unterrichtet werden. Eine Schule für alle ist inklu-
151 siv und hat den Anspruch, jede*n Schüler*in indi-
152 viduell zu fördern.
- 153 • Multiprofessionelle Teams als flächendeckender

- 154 Standard. Diese umfassen Lehrkräfte, Sozialpäd-
155 agog*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulge-
156 sundheitspfleger*innen und die Assistenzen der
157 Schüler*innen mit Förderbedarf. Dazu braucht es
158 eine umfassende Reform von Aus- und Fortbil-
159 dungsstandards, um diese Teams regelmäßig zu
160 Themen wie Diversität und Diskriminierung zu
161 sensibilisieren, aber auch Digitalisierung und neue
162 Lernmethoden zu vermitteln.
- 163 • Eine Schule ohne Noten, denn wir brauchen ein
164 Beurteilungssystem, welches die individuelle Le-
165 benslage von Schüler*innen berücksichtigt und
166 eine fördernde Lernkultur schafft. Dafür fordern
167 wir vor allem, dass Schüler*innen an Leistungsbe-
168 wertungsprozessen partizipieren dürfen und die-
169 se in dialogischen und fördernden „Bewertungs-
170 räumen“ erfolgen. Ebenso sprechen wir uns gegen
171 Hausaufgaben aus.
 - 172 • Moderne Lerninhalte und Einsetzung einer Kom-
173 mission aus Bildungsexpert*innen (Schüler*innen,
174 Lehrer*innen, Forschende), die einen Vorschlag zur
175 Überarbeitung der Lerninhalte und Lernmethoden
176 erarbeiten soll- deshalb begrüßen wir ausdrück-
177 lich die Einsetzung einer Enquete-Kommission
178 durch die SPD-Fraktion der im Landtag. In unse-
179 ren Lehrplänen braucht es endlich Platz für sexu-
180 elle und geschlechtliche Vielfalt, für Antirassismus
181 und Feminismus. Schule muss den Anspruch ha-
182 ben, für Diversität und Diskriminierung zu sensi-
183 bilisieren.
 - 184 • Schüler*innenvertretungen (SV) müssen als Ort
185 politischer Teilhabe verstanden werden. Wir
186 setzen uns für feste SV-Etats ein sowie für Schü-
187 ler*innenparlamente, die bei Entscheidungen
188 über schulinterne Angelegenheiten Entschei-
189 dungskompetenz besitzen.
 - 190 • Einen starken Ganzttag, denn unsere Schule für al-
191 le soll mehr als nur ein Ort sein, an dem Lernin-
192 halte von Lehrkräften an Schüler*innen vermittelt
193 werden.
 - 194 • Eine Schule mit Diversitätssensibilität. Das bedeu-
195 tet, es braucht Antidiskriminierungsstellen und
196 Schutzmechanismen innerhalb von Bildungsein-
197 richtungen, an die sich Kinder, Jugendliche und
198 Eltern bei Diskriminierungsvorfällen wenden und
199 beraten lassen können. Auch diese Stelle muss von
200 externen Akteur*innen besetzt werden.
 - 201 • Die Einrichtung eines schulscharfen Sozialinde-
202 xes, damit wir endgültig Schluss machen mit dem
203 Stigma der Brennpunktschulen. Es gilt ungleiches
204 ungleich zu behandeln und vor allem dort hinzu-
205 schauen, wo es gerade am stärksten brennt.
 - 206 • Eine ungebremste, massive Investition in die

207 Schulinfrastruktur: es braucht moderne, digitale
208 Klassenzimmer und barrierefreie Gebäude für eine
209 inklusive Schule für alle.

210 • Für wirkliche soziale Gerechtigkeit muss Schule
211 überall kostenlos sein: Mobilität, Mittagessen,
212 Lehrmittel. Es braucht eine Bereitstellung aller
213 Ausstattung, die es für Schule innerhalb und außerhalb
214 des Klassenzimmers benötigt.

215

216 **Berufsausbildung stärken!**

217

218 Für junge Menschen gibt es vor allem zwei Wege ins
219 Berufsleben: Studium oder Ausbildung. Das System der
220 dualen Ausbildung genießt in Deutschland (und teils
221 auch international) ein hohes Ansehen, sowohl bei Öko-
222 nom*innen als auch Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften.
223 Doch das System hat auch strukturelle Schwächen,
224 die seit Beginn der Coronapandemie besonders
225 deutlich geworden sind.

226

227 2020 sind die Auszubildendenzahlen um 11% gesunken.
228 Dass es „nur“ 11% waren, ist dabei wohl den zahlreichen
229 staatlichen Maßnahmen zu verdanken, die ergriffen
230 worden sind. Doch was ist, wenn diese Maßnahmen
231 auslaufen und noch weniger junge Menschen eine
232 Ausbildung antreten? Eine Insolvenzwelle droht und
233 könnte bis zu 25.000 Unternehmen betreffen. Nicht
234 aufgenommen davon sind Unternehmen, die Staatshilfe
235 erhalten haben. Im Juli 2022 gab es laut Bundesagentur
236 für Arbeit in NRW 38.555 junge Menschen, die noch
237 auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz waren. Hinzu
238 kommt, dass Berufsorientierung und
239 Vermittlung während der Pandemie nicht ausreichend
240 stattgefunden haben, sodass Ausbildungsinteressierte
241 und Unternehmen nicht zusammengefunden haben.

242 Der Berufsbildungsbericht 2021 zeigt zudem, dass junge
243 Menschen mit Migrationsgeschichte überproportional
244 häufig keinen geeigneten Ausbildungsplatz finden. Von
245 den Bewerber*innen ohne Migrationsgeschichte waren
246 9% erfolglos und mussten sich arbeitslos melden. Hat-
247 ten die Bewerber*innen eine Migrationsgeschichte, lag
248 diese Quote bei 16%.

249 Dabei kommt dem Finden eines Ausbildungsplatzes eine
250 hohe Bedeutung zu. Ohne Berufsqualifikation steigt
251 das Armutsrisiko und es sinken die Chancen auf wirtschaftliche
252 Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben massiv. So können
253 gesamtgesellschaftliche Ungerechtigkeiten bestärkt werden,
254 wovon aber nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleich
255 betroffen sind.

256

257 Die Aussichten sind also nicht gut. Wer allerdings einen
258 Blick in den letzten Berufsbildungsbericht wirft, wird
259 feststellen, dass es schon vor der Pandemie erhebliche

260 Probleme gab: In Branchen mit guten Arbeitsbedingun-
261 gen fehlen Ausbildungsplätze, in Branchen mit schlech-
262 ten Arbeitsbedingungen gibt es offene Stellen, die viele
263 Jugendliche aber zu Recht nicht antreten wollen. Fach-
264 kräftemangel wird auch durch Arbeitgeber*innen selbst
265 produziert.

266

267 Haben junge Menschen dann erst einmal einen Aus-
268 bildungsplatz gefunden, sind sie mit neuen Problemen
269 konfrontiert:

270 Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat eine Durch-
271 schnittsvergütung der tariflichen Ausbildung in Höhe
272 von 1007 Euro in NRW für das Jahr 2022 errechnet. Damit
273 gelten Auszubildende im Durchschnitt als akut armuts-
274 gefährdet.

275 Bei der Qualifizierung und Weiterqualifizierung von
276 Auszubildenden spielen mindestens zwei Faktoren eine
277 große Rolle. Die Berufsschulen müssen ihren wichtigen
278 Bildungsauftrag umfassend wahrnehmen können. Da-
279 für ist eine gute Ausstattung genauso wichtig wie aus-
280 reichende, gut qualifizierte Lehrer*innen und ein besse-
281 res Betreuungsverhältnis.

282 Viele Auszubildende wissen zudem bis kurz vor Ende ih-
283 rer Ausbildung nicht, ob sie von ihrem Unternehmen
284 übernommen werden. Dabei werden immer weniger
285 Auszubildende nach ihrer Ausbildung von ihren Unter-
286 nehmen übernommen und müssen sich um eine An-
287 schlussbeschäftigung bemühen. Gleichzeitig kritisieren
288 diese Unternehmen fehlende Fachkräfte.

289

290 Zudem liegen besonders in ländlichen Regionen
291 die Berufsschulen nicht unbedingt in der Nähe des
292 Ausbildungsortes und aufgrund fehlender ÖPNV-
293 Verbindungen ist der Weg ohne Auto nicht möglich.
294 Das hindert besonders junge Menschen aus ärmeren
295 Familien daran, überhaupt eine Ausbildung anzutreten.
296 Um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu
297 werden und um zu ermöglichen, dass alle die Chance auf
298 gute Berufsperspektiven haben, die zu den individuellen
299 Vorstellungen eines guten Lebens passen und damit ins-
300 besondere das Ausbildungssystem besser gestaltet wird
301 als heute, fordern wir:

302

- 303 • Eine bundesweite, umlagefinanzierte Ausbil-
304 dungsgarantie. NRW soll mit Modellprojekten
305 einer wirklichen Ausbildungsplatzgarantie vor-
306 angehen und unter anderem überbetriebliche
307 Ausbildungsstätten schaffen. Dort können
308 Jugendliche eine vollqualifizierende Berufsaus-
309 bildung machen, wenn sie auf dem regulären
310 Arbeitsmarkt keinen geeigneten Ausbildungs-
311 platz erhalten haben.
- 312 • Die Erweiterung und den flächendeckenden

313 Ausbau von Berufsorientierungsangeboten, die
314 junge Menschen da erreicht, wo sie sind und die
315 digitaler und aufsuchender werden. Das heißt
316 für uns: Das flächendeckende Berufsorientie-
317 rungsprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“
318 (KAoA) muss so weiterentwickelt werden, dass
319 wirklich niemand mehr beim Übergang von der
320 Schule in den Beruf auf der Strecke bleibt.

- 321 • Berufsschulen, die sich in baulich gutem Zustand
322 befinden, gut ausgestattet sind und über genü-
323 gend gut qualifizierte Lehrer*innen verfügen.
- 324 • Eine gute Erreichbarkeit der Berufsschulen mit
325 dem ÖPNV.
- 326 • Die Umsetzung der schon jahrelang von den
327 Gewerkschaften geforderten Übernahmegarantie
328 für alle Auszubildenden.
- 329 • Eine existenzsichernde Mindestausbildungsver-
330 gütung.
- 331 • Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnaus-
332 gleich und familienfreundlichere Arbeitszeitmo-
333 delle.
- 334 • Eine gerechtere Verteilung von unbezahlter
335 Pflege- und Familienarbeit zwischen Männern
336 und Frauen.
- 337 • Die Anpassung des Arbeits- und Sozialrechts an
338 den digitalen Wandel und für klare Regeln beim
339 Homeoffice.
- 340 • Die Förderung von Betriebsratsgründungen, die
341 Stärkung der Rechte von Betriebsräten und Ge-
342 werkschaften sowie eine Ausweitung der betrieb-
343 lichen und Unternehmens-Mitbestimmung.
- 344 • Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und För-
345 dermitteln ausschließlich an Unternehmen, wel-
346 che sich zu den Grundsätzen von Tariftreue und
347 Mitbestimmung bekennen.
- 348 • Weiterbildung zu stärken. Es muss ein Recht auf
349 Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen
350 geben. Zudem müssen die öffentlichen Hochschu-
351 len in NRW systematisch für beruflich Qualifizier-
352 te geöffnet und die berufsbegleitenden Weiterbil-
353 dungsangebote, sowie Fern-, Teilzeit- und Abend-
354 studiengänge, durch die NRW-Hochschulen aus-
355 geweitet werden.
- 356 • Die Beteiligung von Mitarbeiter*innen am Unter-
357 nehmenskapital zu fördern.
- 358 • Mehr Stellen beim Arbeitsschutz.
- 359 • Stärkung des sozialen Arbeitsmarkts, insbesonde-
360 re über die Instrumente §16e und §16i des SGB II.

361
362 **Wissen schaffen! Hochschule als Lern- und Arbeitsplatz!**
363

364 Die Hochschulen müssen so gestaltet werden, dass sie
365 allen ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Studium

366 ermöglichen und sich der gesamten Gesellschaft öff-
367 nen. Überfüllte Hörsäle, schlechte Betreuungssituati-
368 on, mangelnde Flexibilität in Studiengängen und lan-
369 ge Wartezeiten auf Prüfungsergebnisse stellen eine Be-
370 lastung für Studierende dar. Darüber hinaus haben vie-
371 le wissenschaftliche Mitarbeitende aber auch studentische
372 Hilfskräfte, insbesondere in befristeten Arbeitsver-
373 hältnissen, mit unsicheren Arbeitsbedingungen, gerin-
374 gen Löhnen und einem hohen Arbeitsaufwand zu kämp-
375 fen.

376 Die stetig ansteigende Anzahl an Studierenden ver-
377 langt in dieser Hinsicht den Ausbau und die Modernisie-
378 rung von Hochschulgebäuden. Bei Bau- und Modernisie-
379 rungsmaßnahmen müssen ökologisch nachhaltige und
380 inklusive Konzepte verwirklicht werden. Doch nicht nur
381 die Hochschule als solche bestimmt das studentische Le-
382 ben. Auch außerhalb der Hochschule müssen Infrastruk-
383 turen verbessert werden, um den Studierenden ein gu-
384 tes Studium zu ermöglichen.

385

386 Ob Menschen ihr Wunschstudium im Wunschort oder
387 überhaupt ein Studium verwirklichen oder finanzia-
388 ren können, hängt insbesondere auch von den Lebens-
389 haltungskosten und von der sozialen Infrastruktur ab.
390 Hier gilt es vor allem die Studierendenwerke finanzia-
391 ell so aufzustellen, dass nachhaltig genügend bezahlba-
392 rer studentischer Wohnraum geschaffen wird und das
393 Mensaangebot, wenn nötig, ausgebaut und moderni-
394 siert wird. Darüber hinaus muss das Beratungsangebot
395 der Studierendenwerke für Studienfinanzierungsmög-
396 lichkeiten und darüber hinaus gestärkt werden.

397 Es müssen zudem ausreichend Kitaplätze für Studieren-
398 de mit Kind an allen Hochschulen geschaffen werden.
399 Auch Studierende, die neben ihrem Studium Angehöri-
400 ge pflegen, dürfen nicht aus dem Blick verloren werden.
401 Für sie müssen flächendeckend Beratungs- und Unter-
402 stützungsangebote geschaffen werden. Die Kosten da-
403 für dürfen nicht durch immer weiter ansteigende Sozi-
404 albeiträge allein auf die Studierenden abgewälzt wer-
405 den. Stattdessen müssen die Studierendenwerke bes-
406 ser durch das Land finanziert werden. Darüber hinaus
407 müssen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studie-
408 renden in den Gremien der Studierendenwerke gestärkt
409 werden.

410

411 Auch Mobilität ist inzwischen zu einem Grundbedürf-
412 nis geworden. Studierende hatten bisher mit dem Se-
413 mesterticket einen preiswerten Zugang zum öffentli-
414 chen Personennahverkehr. Das 49€-Ticket soll ab dem 1.
415 Mai 2023 zur Verfügung stehen. Dadurch bekommen al-
416 le Bürger*innen in Deutschland die Möglichkeit, für we-
417 nig Geld deutschlandweit mit dem ÖPNV zu fahren.
418 Mit einem für die Allgemeinheit verbilligten ÖPNV

419 müsste eigentlich im selben Umfang der Preis für
420 die studentische Mobilität gesenkt werden. Sofern das
421 Semesterticket wegfällt, würde für die meisten Stu-
422 dierenden eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung
423 bestehen, die nicht tragbar ist. Gleichzeitig ist es
424 nicht zumutbar, dass Studierende, die im Grenzge-
425 biet wohnen oder für ein Praktikum oder ähnliches
426 außerhalb des Bundeslands unterwegs sind, für ein
427 NRW-Semesterticket sowie ein Deutschlandticket zah-
428 len müssen. Langfristig setzen wir uns für einen ticket-
429 losen ÖPNV ein, aber gerade für dieses kurzfristige Pro-
430 blem braucht es eine kurzfristige Lösung.

431

432 Die Anzahl der Angestellten an Hochschulen ist in den
433 letzten Jahren stark gestiegen. Die Hochschulen werden
434 zu immer wichtigeren Arbeitsplätzen. Nicht nur deshalb
435 müssen die Bedingungen der Arbeit an Hochschulen
436 besser werden. Gute Arbeit bleibt unser Ziel in allen Be-
437 rufszweigen. Und an den Hochschulen gilt dies für alle
438 dort angestellten Gruppen. Lehrende, aber auch wissen-
439 schaftliche und weitere Mitarbeiter*innen und auch stu-
440 dentische Hilfskräfte. Wir setzen uns für unbefristete Ar-
441 beitsverhältnisse statt Kettenverträge ein, für Lohnfort-
442 zahlung im Krankheitsfall, für eine gute Entlohnung. Zu-
443 sätzlich dazu müssen Jungwissenschaftler*innen bes-
444 sere Forschungsbedingungen geboten werden. Das be-
445 deutet auf der einen Seite, dass auch Nischen-Forschung
446 möglich sein muss und auf der anderen Seite, dass wir
447 geregelte Beschäftigungsverhältnisse für Promovieren-
448 de, sowie klare Perspektiven für promovierte Wissen-
449 schaftler*innen brauchen. Wie in allen Gesellschaftsbe-
450 reichen sind Frauen auch hier in leitenden Funktionen
451 unterrepräsentiert. Deshalb fordern wir eine verbindli-
452 che mit Sanktionen verknüpfte Quotierung von Profes-
453 soren und Leitungsfunktionen.

454

455 Im Spannungsfeld von Wettbewerb, Exzellenzstrategie
456 und Unterfinanzierung leiden besonders die Mitarbei-
457 ter*innen ohne Professur: Eine überwältigende Mehr-
458 heit von 81% der Wissenschaftler*innen in Deutsch-
459 land ist befristet angestellt und handelt sich von Befris-
460 tung zu Befristung. Sie tragen die Hauptlast von Lehre
461 und Forschung und scheiden nach maximal 12 Jahren
462 aus dem Wissenschaftsbetrieb aus, wenn sie keine der
463 rar gesäten Professor*innenstellen ergattern. Der Grund
464 dafür hat einen Namen: Wissenschaftszeitvertragsge-
465 setz (WissZeitVG). Das WissZeitVG ist ein Sonderbefris-
466 tungsgesetz, welches es ermöglicht, Wissenschaftler*in-
467 nen im Rahmen einer Qualifizierungsphase wie der Pro-
468 motion oder Habilitation für eine bestimmte Zeit anzu-
469 stellen.

470 Durch die mangelnde Planbarkeit einer wissenschaftli-
471 chen Karriere bleiben Dinge wie Familienplanung, Al-

472 tersvorsorge, soziale Bindungen und mentale Gesund-
473 heit allzu oft auf der Strecke. Das trifft besonders Frauen,
474 Menschen mit Migrationsgeschichte oder Rassismuser-
475 fahrung, sowie Erstakademiker*innen. In der stark pre-
476 karisierten Wissenschaft überlebt nur, wer über ausrei-
477 chende finanzielle Ressourcen und Netzwerke verfügt.
478 Der Verlust an hochqualifizierten Fachkräften schadet
479 der deutschen Wissenschaftslandschaft.

480

481 Um einen chancengerechten Zugang zum Studium zu
482 ermöglichen, sowie die Bedingungen von Studierenden
483 und wissenschaftlichen Mitarbeitenden zu verbessern,
484 fordern wir:

- 485 • Bildung liegt in den Händen des Landes und muss
486 dementsprechend ausreichend finanziert werden.
487 Dafür braucht es eine Reformierung der Finanzia-
488 rung der Hochschulen im Sinne einer umfassenden
489 Grundfinanzierung statt einer Vielzahl befristeter
490 Programme.
- 491 • Die Abschaffung von Anwesenheitspflichten in
492 Vorlesungen und Seminaren, die nicht zu einem
493 freien und selbstbestimmten Studium passt.
- 494 • Eine konsequente Demokratisierung der Hoch-
495 schulen. Ob im Senat oder in den Kommissionen – wir
496 fordern die paritätische Besetzung der Gremien. Auch
497 bei Entscheidungen des Rektorats brauchen Studierende
498 durch eine*n studentische*n Prorektor*in Mitspracherecht.
499 Schließlich dürfen Entscheidungskompetenzen nicht in
500 extern besetzte Runden wie den Hochschulrat verlegt
501 werden. Und die SHK-Vertretungen müssen bleiben.
- 502 • Frauen in die Lehrstühle. Wir fordern konkrete
503 Maßnahmen zur Förderung von Frauen in der Wis-
504 senschaft. Dazu gehören Mentoringprogramme und
505 Karriereberatungsstellen für Frauen, eine verbindliche
506 Frauenquote von mindestens 50% bei Neueinstellungen
507 und eine Stärkung des Einflusses von Frauen- und
508 Gleichstellungsbeauftragten.
- 509 • Genauso wie an Schulen fordern wir, dass Hoch-
510 schulen diskriminierungsfreie Hochschulstrukturen
511 schaffen. Für ein Diversitäts- und Antidiskriminierungs-
512 management sind folgende Aspekte entscheidend: die
513 Schaffung von verpflichtenden Diversitätssensibilisierungs-
514 angeboten für Dozierende und Studierende, die Schaffung
515 von Antidiskriminierungsstellen und die Vermittlung von
516 diversitätssensiblen und rassismuskritischen Lerninhalten.
- 517 • Gute Arbeit an den Hochschulen durch eine Bundesrats-
518 initiative zur Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes.
519 Es muss Schluss sein mit prekären Beschäftigungsverhältnissen durch
520
- 521
- 522
- 523
- 524

525 immer wieder neue befristete Verträge und Ar-
526 beitszeiten, die einem selbstverwirklichten Leben
527 z.B. in Form von Familie entgegenstehen.

- 528 • Eine kurzfristige Lösung für einen bezahlbaren Zu-
529 gang Studierender zum ÖPNV.
- 530 • Eine Bundesratsinitiative für ein elternunabhängi-
531 ges BAföG sowie eine Rückkehr zum Vollzuschuss.
- 532 • Eine Ausfinanzierung der Studierendenwerke, so-
533 dass die Semesterbeiträge bezahlbar bleiben und
534 ausreichend bezahlbarer Wohnraum geschaffen
535 werden kann.

536

537 **Lebenslangen Lernen für alle – außerschulische Bildung** 538 **fördern**

539

540 Wir verstehen Bildungsbiografien als Linie, die sich von
541 der Geburt bis hin zum Tod zieht. Wenn wir also über
542 Bildung sprechen, dann meint dies auch die außerschulische
543 Bildung – die vor allem in NRW ein breites Spek-
544 trum aufweist.

545

546 Volkshochschulen:

547 Volkshochschulen sind kaum wegzudenken, sie leisten
548 einen wichtigen gesellschaftlichen und integrativen Bei-
549 trag. Sie ermöglichen beispielsweise vielen Menschen,
550 ihren Abschluss nachzuholen oder bieten etwa Integra-
551 tionskurse für Schutzsuchende an und darüber hinaus
552 fungieren sie mittels ihrer interkulturellen Angebote als
553 Orte der Begegnung und des Miteinanders und können
554 so gesehen als ein Motor des gesellschaftlichen Zusam-
555 menhalts gesehen werden. Trotz der vielen guten Din-
556 ge, die Volkshochschulen in ganz NRW anbieten, befin-
557 den sich viele in einer prekären Lage. Das liegt vor allem
558 an der Förderlogik, die die finanzielle Lage von Volkhoch-
559 schulen herbeiführt. Das Land NRW – und allen voran
560 die Sozialdemokratie – muss weiterhin für massive In-
561 vestitionen in die Volkshochschulen NRWs kämpfen. Die
562 Investition in die Volkshochschulen der Zukunft dürfen
563 dabei keineswegs Fragen der Infrastruktur außer Acht
564 lassen. Auch das Personal – vor allem Dozent*innen –
565 müssen davon durch berufliche und finanzielle Sicher-
566 heit profitieren.

567

568 Gewerkschaftliche Bildung als Motor der 569 außerschulischen Selbstbestimmung:

570 Gewerkschaften bieten ein breites Bildungsangebot an.
571 Diese umfasst sowohl die berufliche als auch die poli-
572 tische Bildungsarbeit. Nicht nur, weil Gewerkschaften
573 im Kampf für Gerechtigkeit und einer Gesellschaft der
574 Freien und Gleichen unsere engsten Partner*innen sind,
575 sondern auch, weil sie immer für Arbeitnehmer*innen
576 da sind, wollen wir die gewerkschaftliche Bildung und
577 darin implizierte Bildungsangebote – als Teil der außer-

578 schulischen Bildung – stärken. Wir stellen immer noch
579 fest, dass die Inanspruchnahme der gewerkschaftlichen
580 Bildungsangebote für nicht alle Arbeitnehmer*innen
581 unbürokratisch möglich ist. Denn um an Bildungsange-
582 boten teilzunehmen, bedarf es der Beantragung von Bil-
583 dungsurlaub, von denen in NRW arbeitende Arbeitneh-
584 mer*innen nur fünf Tage im Jahr haben und Auszubil-
585 dende sogar nur fünf Tage im Laufe ihrer Ausbildung –
586 dies regelt das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz des
587 Landes. Für uns ist muss also klar sein: es braucht fle-
588 xiblere Modelle, mittels derer Arbeitnehmer*innen von
589 den Angeboten ihrer Gewerkschaften profitieren kön-
590 nen.

591

592 Bildung im Strafvollzug als außerschulische Bildung
593 sehen:

594 Bildungsangebote in Gefängnissen bilden einen wichti-
595 gen Baustein der Resozialisierung. Für uns ist klar, dass
596 wir Bildung in allen Lebensbereichen in den Blick neh-
597 men müssen und auch diese Gruppe von Menschen
598 nicht außer Acht gelassen werden darf. Dafür bedarf
599 es der Förderung und Erarbeitung zielgruppenspezifi-
600 scher Programme und Konzepte, die den Bildungs- und
601 Weiterbildungsbedürfnissen von Insass*innen gerecht
602 wird. Dazu gehört für uns allen voran die Möglichkeit
603 der Ausbildung und die dran verknüpfte gerechte Ent-
604 lohnung dieser, sowie die Möglichkeit der Einzahlung in
605 die Renten- und Krankenkasse.